

Forderungen/Positionen von Parteien, Gewerkschaften und Initiativen zur Staatsschuldenkrise der Euroländer

SPD:

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 26. September 2011

- Deutschland ist nicht der „Zahlmeister Europas“, sondern der politische und wirtschaftliche Gewinner der europäischen Einigung.
- Staatsschulden müssen abgebaut werden, durch die Verringerung staatlicher Ausgaben und entsprechender Steuereinnahmen.
- Steuerdumping beenden, Eingriffsrechte der Europäischen Union in die nationale Haushaltspolitik, Verankerung einer Schuldenbremse in der Verfassung der Eu-Länder.
- Gläubigerbeteiligung und Schuldenschnitt für Griechenland.
- Finanzmärkte regulieren.
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- Die Einnahmen der Finanztransaktionssteuer müssen dazu dienen, Europa und vor allem den Krisenstaaten in Südeuropa auch eine Wachstumsperspektive zu geben.
- Gemeinsame Wirtschaftspolitik in der EU.
-

Spiegel-Interview mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel vom 16.10.2011

- Banken mit einer besonderen Bedeutung für die gesamte Wirtschaft, die vom Staat Geld brauchen, sollen verstaatlicht werden.
- Die Euro-Länder benötigen eine gemeinsame Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik.
- Trennung von Investmentbanking und Geschäftsbanken. Für Investmentbanken soll es keine Staatshaftung mehr geben.
- Besteuerung der Finanzmärkte durch eine Finanztransaktionssteuer.

Grüne:

Positionen der Bundestagsfraktion der Grünen

- Der Euro hat Wechselkurs- und Geldwertstabilität gebracht und die Möglichkeiten für destabilisierende Wechselkursspekulationen zwischen den Euro-Staaten abgeschafft. Und schließlich ist für jede und jeden von uns das Reisen im Euroraum einfacher geworden, da wir weder Geld umtauschen, noch Wechselgebühren bezahlen müssen.
- Aus deutscher Sicht sprechen handfeste Gründe für eine Rettung Griechenlands. Schulden in Griechenland bedeuten im Umkehrschluss auch Guthaben an anderer Stelle, zum Beispiel bei Banken oder in den Fonds von Lebensversicherern und Riester-Verträgen. Ein Ausfall Griechenlands würde also auch deutsche Sparer treffen.
- Ein Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone würde keine Probleme lösen, aber viele neue schaffen. Ein Land aus der Eurozone zu werfen ist rechtlich nicht möglich, ein

freiwilliger Austritt Griechenlands sehr unwahrscheinlich und nicht wünschenswert.

- Aus unserer Sicht ist die Beteiligung der Banken, die Frau Merkel mit den anderen Staats- und Regierungschefs der Eurozone am 21. Juli beschlossen hat, **nicht ausreichend**. Es ist wichtig, dass die Staats- und Regierungschefs der Eurozone dies jetzt neu verhandeln, so dass es zu einer angemessenen Beteiligung der Banken kommt.
- Eine Währungsunion ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik wird dauerhaft nicht funktionieren und immer wieder Krisen hervorrufen. Wir fordern deswegen schon lange eine stärkere und verbindliche Koordinierung der nationalen Haushalts-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik auf europäischer Ebene. Wichtige Bausteine einer solchen europäischen Wirtschaftsregierung wären die Harmonisierung von Steuersätzen und soziale Mindeststandards in allen EU-Staaten.
- Das zentrale Problem in der Finanzkrise war das mangelnde Eigenkapital der Banken. Wir fordern daher einen Stresstest mit harten und klaren Kriterien, bei welchem Banken ihre Staatsanleihen anhand aktueller Marktpreise bewerten müssen. Wer dann zu wenig Kapital hat, muss rekapitalisiert und vorübergehend teilverstaatlicht werden. Die staatlichen Anteile könnten dann analog zum Bankenrettungsprogramm der USA in einer besseren Lage wieder verkauft werden.
- Wir wollen, dass die Eurokrise schnellstmöglich beendet und der Euro - und somit auch die Europäische Union - stabilisiert wird. Ohne den Rettungsschirm kann die Notlage eines Eurozonen-Mitglieds zu einer Notlage der gesamten Europäischen Union führen.
- Wir glauben, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus(ESM) ein wichtiger Baustein ist, um die Eurozone langfristig zu stabilisieren. Er wird Euro-Staaten helfen, die sich in einer Notlage befinden und am Markt keine bezahlbaren Kredite mehr bekommen und dafür sorgen, dass die Notlage eines Mitgliedsstaates nicht zu einer Notlage der gesamten Eurozone führt.
- Zwölf Jahre nach der Einführung des Euro hat sich gezeigt, dass eine Währungsunion nicht stabil funktioniert, wenn die Finanz- und Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten nicht untereinander abgestimmt wird. Wenn die Länder der Eurozone aber in einem begrenzten Haftungsverbund stehen, wie es bisher über die Kredite der EZB und der Rettungsschirme bereits der Fall ist, dann muss es auch zentrale Eingriffsrechte in die Haushalte der Mitgliedsstaaten geben. Wenn ein Land sich grenzenlos verschulden und gleichzeitig darauf hoffen kann, im Zweifelsfall von anderen gerettet zu werden, ist das kein stabiles System. Wir fordern daher eine deutlich stärkere europäische Koordination mit verbindlichen Eingriffsrechten.
- Die Einführung von Eurobonds wird gefordert.

Die Linke:

Position der Bundestagsfraktion der Linken

- Statt Bankenrettung und Sparpaketen fordert DIE LINKE ein effektives, europaweites Zukunftsinvestitionsprogramm zum sozialökologischen Umbau sowie kurzfristig Konjunkturpakete in den Krisenstaaten.

- DIE LINKE fordert eine EU-weite Vermögensabgabe für reiche Privathaushalte zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.
- Um die Staatsfinanzen von der Erpressung der Finanzmärkte zu befreien, fordert DIE LINKE die Gründung einer Europäischen Bank für öffentliche Anleihen und die Auflage von Euro-Bonds. Dies ist auch die Voraussetzung für faire und transparente Entschuldungsverfahren.
- DIE LINKE will das europäische Kasino schließen: Wir fordern die Überführung privater Großbanken in öffentliches Eigentum sowie die Gründung einer europäischen öffentlichen Ratingagentur.
- Zur Finanzierung der Krisenkosten fordert DIE LINKE eine echte Bankenabgabe in Europa und zur Begrenzung der Spekulation eine europaweite Finanztransaktionssteuer.
- Um die Krisenursachen zu beseitigen, müssen die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte reduziert werden. DIE LINKE will eine europäische Ausgleichsunion mit verbindlichen Obergrenzen für Handelsüberschüsse und –defizite einrichten.
- Die deutschen Handelsüberschüsse sind das Resultat von Lohn- und Sozialdumping. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro, die Ausweitung der öffentlichen Investitionen um 125 Mrd. Euro jährlich sowie die Anhebung der Hartz IV Regelsätze auf 500 Euro sind daher gut für deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ebenso für die wirtschaftliche Stabilität in Eurozone und EU.
- Die marktliberale EU-Politik hat die Eurokrise maßgeblich mit verschuldet. Der Vertrag von Lissabon, der diese Politik festschreibt, kann darum keine Grundlage für ein sozial und wirtschaftlich tragfähiges Europa sein. DIE LINKE fordert deshalb die Revision des Lissabonvertrags und eine demokratische Neubegründung der EU.

DGB:

DGB Bundesvorstandsbeschluss April 2011

- Eurobonds einführen, Haftung der Euroländer füreinander, die Einrichtung einer Europäischen Bank für öffentliche Anleihen, die Regulierung der Finanzmärkte, ein Europäisches Investitionsprogramm und eine koordinierte wirtschafts-, finanz- und Steuerpolitik
Broschüre: Europa neu justieren – Wachstum fördern, Beschäftigung sichern, Euro stabilisieren. Zur Krise in der Eurozone.

IG Metall:

Postion der IG Metall 19.08. 2011

1. Der Euroraum ist die wichtigste Exportregion der deutschen Wirtschaft.

Die deutsche Wirtschaft "lebt" wie kaum eine andere Volkswirtschaft vom Export. Die Kunden im Ausland sichern bei uns Millionen von Arbeitsplätzen. Die wichtigsten Abnehmer deutscher Waren sind die Europäer. Das belegen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Danach wurden von allen Gütern und Dienstleistungen, die 2010 aus Deutschland ausgeführt wurden, 41 Prozent in die Eurozone geliefert. Auch für die Metallindustrie ist Europa ein wichtiger Markt: 34,2 Prozent ihrer Produkte exportierte sie in die Eurozone. Erst mit großem Abstand folgen Asien (20 Prozent) und Amerika (13 Prozent).

2. Länder, die pleite sind, können nichts mehr in Deutschland kaufen.

Exporte nach Griechenland machen nur etwa zwei Prozent der deutschen Ausfuhren aus. Wenn das Land zahlungsunfähig wird, könnte Deutschlands Wirtschaft das zwar ohne größere Blessuren verkraften. Aber wenn größere Volkswirtschaften wie Spanien und Italien auch davon betroffen wären, würde das in Deutschland "zu spürbaren wirtschaftlichen Einbrüchen führen", wie Peter Hohlfeld, Konjunktexperte beim Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf berichtet.

3. Schuldenländer aus dem Euro rauswerfen, schadet allen.

Die gemeinsame Währung hat gerade die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produkte enorm erhöht. Wenn die hoch verschuldeten Länder aus der gemeinsamen Währung "herausgeworfen" werden, werten sie ihre Währungen ab, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Der "Resteuro", der dann nur noch die Währung der wirtschaftlich stärksten EU-Länder ist, steht dann unter massivem Aufwertungsdruck. Ein Zurück zur D-Mark hätte sogar eine sofortige Aufwertung um bis zu 40 Prozent zur Folge. Das würde die deutschen Produkte im Ausland massiv verteuern und darum zu starken Einbrüchen bei der Auslandsnachfrage führen. Die IG Metall in Baden-Württemberg hat ausgerechnet, dass das allein in diesem Bundesland rund 200 000 Arbeitsplätze bedrohen würde.

4. Wenn Griechenland "fällt", werden andere mit nach unten gerissen.

Wenn die europäischen Nachbarn Griechenland nicht beim Abbau seiner Schulden unterstützen, droht ihm der Staatsbankrott. Das Land kann seine Kredite dann gar nicht mehr abbezahlen. Dann haben auch die deutschen Gläubiger - Staat, Banken, Versicherer, andere private Gläubiger - das Nachsehen. Deutsche Banken halten griechische Staatsanleihen im Wert von 17 Milliarden Euro, deutsche Versicherungen im Wert von drei Milliarden. Die deutschen Gläubiger würden Milliardenverluste erleiden. Betroffen sind dann auch die deutschen Steuerzahler, denn sie bürgen zum Beispiel über den Rettungsfonds für Kredite.

Fällt Griechenland, geraten die gesamten Finanzmärkte ins Strudeln. Wenn private Gläubiger nicht mehr sicher sein können, dass Staatsanleihen getilgt und Zinsen gezahlt werden, verwandelt sich für Anleger der gesamte Euroraum in eine Risikozone. Risikoaufschläge und Zinsen steigen dann besonders für die Eurostaaten mit den größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch weiter. Die Finanzmärkte verschlechtern ihre Kreditkonditionen auch für andere Länder. Es entsteht eine

Abwärtsspirale, die nicht mehr gebrochen werden kann.

5. Die deutsche Wirtschaft profitiert von der stabilen Währung.

Seit der gemeinsamen Währung ist die Inflationsrate im Euroraum mit durchschnittlich 1,97 Prozent pro Jahr gering. Geringe Inflation bedeutet, dass die Bürger und die investierende Wirtschaft für das gleiche Geld mehr Waren und Dienstleistungen kaufen können und damit die Konjunktur stärken.

6. Der Euro verhindert Währungsturbulenzen durch Spekulation.

Seit der Euro eingeführt wurde, blieben die europäischen Währungen - anders als beim früheren Europäischen Wechselkursystem (EWS), das von 1979 bis 1998 galt - von heftigen spekulativen Attacken der Finanzmärkte verschont. Dadurch blieb der Euro stabil. Der Euroraum hat der Währungsspekulation, die die Märkte verunsichert und den internationalen Handel bedroht, ein riesiges Geschäftsfeld entzogen. Gäbe es in den 17 Euroländern statt einer wieder 17 Währungen, würde das die Währungsspekulation erneut anheizen.

7. Eurobonds helfen.

Um die Zinslasten für Defizitländer wie Griechenland bezahlbar zu machen, spricht sich die IG Metall, wie etliche Wirtschaftsexperten, für "Eurobonds" aus. Das sind gemeinsame Euro-Anleihen aller Euroländer. Indem die wirtschaftlich schwachen gemeinsam mit den starken Ländern als Einheit auftreten, können sie bessere Konditionen für Kredite auf den Finanzmärkten durchsetzen, das heißt auch niedrigere Zinsen für die Defizitländer.

8. Hilfe für die Euroländer ist für Deutschland kein Fass ohne Boden.

Eurobonds, Rettungsfonds und andere Hilfeleistungen an Defizitländer sollten an Bedingungen geknüpft werden, die das Ziel haben, Schulden abzubauen: Das heißt, die Länder sollen Maßnahmen ergreifen, die die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft verbessern und Wirtschaftswachstum fördern. Denn die Krisen in Griechenland, Irland, Portugal, Italien und Spanien sind auch Probleme ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) schlägt zum Beispiel vor, Defizite und Überschüsse der einzelnen Länder sollten von einem neu zu gründenden "Europäischen Währungsfonds" (EWF) überwacht werden. Zu hohe Schulden oder Überschüsse sollen dann ein Verfahren zum Abbau der Ungleichgewichte nach sich ziehen.

Die Wirtschaftsstruktur und das Steuersystem müssen so verbessert werden, dass ein Land wie Griechenland in der Lage ist, höhere Einnahmen zu erzielen und damit seine Schulden abzubauen. Radikaler Schuldenabbau durch staatliche Ausgabenkürzungen verschlimmert die wirtschaftliche Misere nur. Die Defizitländern brauchen ausreichend Zeit, um Reformen umzusetzen .

9. Banken sollten sich an der Rettung beteiligen.

Die durch Spekulation verursachte Finanzkrise hat massiv zur Finanznot einiger Euroländer beigetragen. Die Staaten mussten Banken umfassende Garantien geben, ihre Volkswirtschaften mit Konjunkturmaßnahmen stützen und massive Steuerausfälle verkraften. Zwar sieht das jüngste

Hilfspaket der Eurostaaten eine Beteiligung der Banken, Versicherungen und anderer Gläubiger vor, weil sie die Probleme mit verursacht haben. Sie sollen bis 2014 fast 50 Milliarden beisteuern. Aber die IG Metall eine andere Lösung für besser und sicherer: eine Finanztransaktionssteuer und eine Bankenabgabe. Sie belasten nicht nur die einzelnen Banken, die Anleihen von Krisenländern halten. Die Steuer und Bankenabgabe würden der Europäischen Union schätzungsweise 200 Milliarden zusätzliche Einnahmen bescherehen.

10. Europa braucht eine starke gemeinsame (Wirtschafts-)Regierung.

Die IG Metall ist der Auffassung: Wenn das Projekt Europa auf Dauer erfolgreich sein soll, nützen Alleingänge nichts. Im Gegenteil: Wir brauchen mehr Europa. Sinnvoll sind gemeinsame Projekte, um über Investitionen die Wirtschaft zusätzlich anzukurbeln. Ein wichtiges Betätigungsfeld mit großen Zukunftsperspektiven ist zum die Energiewende. Vielleicht gelingt es, Entwicklungen anzustoßen, von denen auch der an Industrie arme, aber an Wind und Sonne reiche Süden profitieren kann. Der Ausstieg aus der riskanten Atomenergie und der Einstieg in eine attraktive alternative Stromerzeugung aus Wind, Sonne und Biomasse kann nur Länder übergreifend umgesetzt werden. Investitionen in die wirtschaftliche Zukunft Europas kosten viel Geld. An der Finanzierung sollten sich die Vermögenden in Europa beteiligen, zum Beispiel über "Zukunftsanleihen", die fest verzinst werden. Um wirtschaftlich stark zu werden, muss Europa sich zu einer echten politischen Union entwickeln, die in der Wirtschaftspolitik an einem Strang zieht.

Attac:

Rede Stephan Lindner, Attac-Koordinierungskreis, 15.10. 2011, Kundgebung vor der EZB in Frankfurt am Main

- Großbanken müssen zerschlagen werden, in dem sie sich entscheiden, ob sie Investmentbanking oder Kreditgeschäft betreiben wollen.
- EZB, IWF und die EU-Kommission müssen unter demokratische Kontrolle gestellt werden.
- Steuervermeidung, Steuerwettbewerb und Steuerdumping einen Riegel vorschieben. Einführung einer Vermögensabgabe.
- Schluss mit den Rettungspaketen